

11422 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5494 13

1933 -11- 03

## ANFRAGE

der Abgeordneten Straßberger

und Kollegen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Auflösung des Gendarmeriepostens Hönigsberg-Mürzzuschlag in der Steiermark

Am 1. Oktober 1992 wurde infolge des Gendarmerie-Strukturkonzeptes der Gendarmerieposten Hönigsberg aufgelassen. Das Betreuungsgebiet des Gendarmeriepostens Hönigsberg umfaßte auch Teile der Katastralgemeinden "Lechen" und "Am Hönigsberg", die zur Gemeinde Langenwang gehören. Aufgrund der Schließung des Gendarmeriepostens in Hönigsberg, werden nun Teile der oben genannten Katastralgemeinden vom Gendarmerieposten Mürzzuschlag betreut.

Die Bevölkerung der betroffenen Katastralgemeinden hat in einer Unterschriftensammlung den Wunsch zum Ausdruck gebracht, in Zukunft vom Gendarmerieposten Langenwang abgesichert zu werden.

Die gesamte Betreuung dieses Gebietes (Ärztliche Versorgung, Feuerwehrwesen, Schneeräumung und dergleichen) erfolgt durch die Marktgemeinde Langenwang.

Bei den Gesprächen betreffend Auflösung des Gendarmeriepostens Hönigsberg wurde mit der Marktgemeinde Langenwang (Bürgermeister) kein Kontakt aufgenommen. Dies ist unverständlich, da rund 500 Hektar der Marktgemeinde Langenwang durch den ehemaligen Gendarmerieposten Hönigsberg betreut wurden.

Dem Wunsch der betroffenen Bevölkerung von Langenwang wurde daher in keiner Weise Rechnung getragen. Man hat sich über die einstimmige Gemeinderatsresolution und die Unterschriftensammlung der betroffenen Familien hinweggesetzt.

Diese Vorgangsweise erscheint demokratiepolitisch äußerst bedenklich, da die Meinung der betroffenen Bevölkerung von Langenwang durch die zuständigen Stellen total ignoriert wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

**A n f r a g e:**

1. Wann wurden mit den Vertretern der Stadt Mürzzuschlag Gespräche über die Betreuung der Katastralgemeinden "Lechen" und "Am Hönigsberg" vom Gendarmarieposten Mürzzuschlag aus geführt?
2. Warum wurde der Bürgermeister der Marktgemeinde Langenwang zu diesen Gesprächen nicht eingeladen?
3. Warum wurde trotz vehementer Proteste (Briefe und Unterschriftenliste) der betroffenen Bewohner die Entscheidung getroffen, Teile der genannten Katastralgemeinden von Mürzzuschlag und nicht von Langenwang zu betreuen?
4. Sind Sie bereit, dem Wunsch der betroffenen Bevölkerung entsprechend, diese Entscheidung rückgängig zu machen?